

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

8. September 2014

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 01.09.14 gelang es den Sicherheitskräften, zwei Selbstmordanschläge in der westafghanischen Provinz Farah zu verhindern. Dort (im Distrikt Posht-e-Koh) waren 16 Zivilisten auf dem Weg zur Arbeit von Taliban am 30.08.14 gezielt ermordet worden. Am 04.09.14 wurden in der Hauptstadt der Provinz, Farah City, die Leichen eines Distriktsabgeordneten und eines Schulleiters gefunden. Die beiden waren zwei Tage zuvor von Aufständischen entführt worden.

Am 03.09.14 wurde der Chef des Amtes für Pilgerfahrten und religiöse Angelegenheiten in der südostafghanischen Provinz Ghazni entführt und drei Tage später ermordet. Bei den Tätern handelt es sich vermutlich um Aufständische.

Am 04.09.14 griffen Taliban ein Gebäude des afghanischen Geheimdienstes in der südostafghanischen Stadt Ghazni (Hauptstadt der gleichnamigen Provinz) an. Dabei sind mindestens 26 Menschen getötet und rund 150 verletzt worden. Unter den Toten befanden sich mindestens vier Zivilisten.

In der nordafghanischen Provinz Kunduz gab es bei einer seit mehreren Tagen andauernden Offensive der afghanischen Sicherheitskräfte gegen Aufständische zahlreiche Tote und Verletzte, darunter auch Zivilisten. Nach Angaben der Provinzregierung seien noch drei der sieben Distrikte der Provinz unter der Kontrolle Aufständischer. Dabei soll es sich um Taliban und Kämpfer des Islamic Movement of Uzbekistan (IMU) handeln.

Gefechte mit Aufständischen wurden weiterhin aus den Provinzen Farah, (Westafghanistan), Helmand (Südafghanistan), Paktika (Südostafghanistan), Logar (Zentralafghanistan), Nangarhar (Ostafghanistan), Faryab und Balkh (Nordafghanistan) gemeldet.

Pakistan

Sicherheitslage

Nach Angaben der pakistanischen Armee wurden seit Juni über 910 Militante in der nordwestlichen Grenzregion getötet und mehrere Bombenwerkstätten und Munitionsfabriken zerstört. Die ehemaligen Hochburgen der Rebellen Miran Shah, Mir Ali, Datta Khel, Boya und Degan in Nord-Waziristan seien geräumt worden.

Abspaltungen bei den Taliban

Eine Gruppe der pakistanischen Taliban namens Jamat-ul-Ahrar (Freiheitskämpfergruppe) soll sich vom pakistanischen Dachverband der Taliban (TTP) abgespalten haben. Dem Führer der Gruppe werden gute Verbindungen zu al-Qaida nachgesagt. Bereits vor Monaten soll sich eine Gruppe vom Stamm der Mehsud losgelöst haben.

IS wirbt für Kämpfer

Im Grenzgebiet zu Afghanistan tauchten in der vergangenen Woche Aufrufe auf, sich der IS-Miliz im Irak anzuschließen.

Regierungskrise

In der Hauptstadt kam es in der vergangenen Woche zu schweren Zusammenstößen zwischen protestierenden Regierungsgegnern und der Polizei. Dabei wurden mindestens drei Demonstranten getötet. Premierminister Nawaz Sharif, dem von Regierungsgegnern Wahlbetrug vorgeworfen wird, weigert sich, zurückzutreten.

Naturkatastrophen

Überschwemmungen, Erdbeben und einstürzende Häuser führten am Wochenende zu mehr als 100 Toten in der Region Kaschmir.

Syrien

USA und Syrien bombardieren Einheiten des Islamischen Staats

Die US-Luftwaffe griff erstmals Einheiten des Islamischen Staats (IS) in Westirak, nahe dem Haditha-Staudamm, an. Syrien setzte seine Luftwaffe bei Angriffen auf Hochburgen der IS im Nordosten des Landes ein. Z.B. wurden die Städte ar-Raqqa und Deir ez-Zor angegriffen. Auch der iranische Außenminister warnte vor der IS-Miliz und sprach sich für eine internationale Aktion gegen sie aus. US-Präsident Obama kündigte für den 10.09.14 einen Aktionsplan gegen IS an.

Libanon

Christen rüsten sich für einen Kampf gegen IS-Kämpfer

Laut Pressemeldung vom 06.09.14 rüsten sich die im Libanon lebenden Christen gegen Kämpfer des IS. Auf dem Schwarzmarkt werden so viele Waffen verkauft wie lange nicht mehr. Christen fühlen sich z.B. durch besprühte Kirchenwände mit den Worten „Der Islamische Staat kommt“ bedroht. In den Libanon sind bislang auch viele Christen aufgrund seines größten christlichen Bevölkerungsanteils (ca. 35 % lt. Munzinger Archiv) im Nahen Osten geflüchtet.

Palästinensische Autonomiegebiete

Abbas droht mit Bruch der Einheitsregierung

Palästinenserpräsident Abbas soll der im Gazastreifen herrschenden radikal-islamischen Hamas mit dem Bruch der Zusammenarbeit gedroht haben, wenn sie die Autorität der Einheitsregierung nicht akzeptiere. Abbas klagte am 06.09.14 bei einem Besuch in Kairo, es gebe 27 Unterstaatssekretäre von Ministerien, die die Macht im Gazastreifen ausübten. Abbas wies eine Delegation an, mit der Hamas eine neue Partnerschaft auszuhandeln. Seit 2007 beherrscht die Hamas den Gazastreifen, während das Westjordanland von der von Abbas geführten Fatah regiert wird. Anfang Juni 14 bildeten beide Organisationen wieder eine Einheitsregierung.

Demonstrationen von Palästinensern gegen Landenteignung

Nachdem Israel am 31.08.14 eine größere Landenteignung – 400 Hektar im Süden der Westbank zwischen Hebron und Bethlehem sollen als israelisches Staatsterritorium deklariert werden – angekündigt hatte, protestierten hunderte Palästinenser am 05.09.14 dagegen. Sie forderten ein Ende der israelischen Siedlungspolitik in den Palästinensergebieten. Nach internationalem Recht ist die Besatzung illegal. Sie stellt eines der Haupthindernisse bei den Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts durch eine Zwei-Staaten-Lösung für Israel und die Palästinenser dar. Auch die US-Regierung, UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und der deutsche Außenminister Steinmeier kritisierten den Beschluss.

Jemen

Kämpfe

Nachdem die seit drei Wochen protestierenden schiitischen Rebellen und ihre Anhänger die Zufahrtsstraßen zum internationalen Flughafen blockierten, versuchten die jemenitischen Sicherheitskräfte, die Blockade mit Tränengas, Wasserwerfern und Bulldozern aufzulösen. Mehrere Personen wurden durch Schüsse verletzt, eine starb. Die schiitischen Houthi (Huthi), denen die Regierung letzte Woche Zugeständnisse gemacht hatte, sehen diese als unzureichend an und fordern weiterhin den Rücktritt der Regierung und die Rücknahme von Einschnitten bei Energiesubventionen. Sie hatten sechs Jahre (bis 2010) gegen den früheren Präsidenten Ali Abdullah Saleh gekämpft und nach dessen Sturz gegen Islamisten im Norden des Landes, die der Regierungspartei Islah nahestehen.

In der Provinz al-Jauf (Nordjemen) forderten Gefechte am Wochenende 40 Tote.

Türkei

Korruptionsverfahren eingestellt

Die Staatsanwaltschaft in Istanbul erklärte am 01.09.14, dass die Korruptionsvorwürfe gegen den Sohn des türkischen Präsidenten Erdogan und 95 weitere Verdächtige nicht mehr weiterverfolgt würden, da es für eine Anklage keine ausreichende Grundlage gebe. Mit den Ermittlungen sei vielmehr versucht worden, die Regierung zu stürzen. Die Korruptionsuntersuchungen gegen Bilal Erdogan und andere Verdächtige waren am 25.12.13 begonnen worden. Die türkische Regierung ließ danach zahlreiche mit dem Fall befasste Polizisten und Staatsanwälte versetzen sowie einige Polizisten verhaften und machte die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen für die Korruptionsvorwürfe verantwortlich.

Ägypten

Elf Polizisten bei Anschlag getötet

Bei einem Bombenanschlag auf ein gepanzertes Fahrzeug der Sicherheitskräfte im Norden der Halbinsel Sinai kamen am 02.09.14 elf Polizisten ums Leben. Militär und Polizei auf dem Sinai sind immer wieder Ziel von Anschlägen extremistischer Gruppierungen, zu denen inzwischen auch IS-Zellen gehören sollen. Im Verlauf des vergangenen Jahres sollen 500 Angehörige der Sicherheitskräfte bei Anschlägen getötet worden sein.

Homosexuelle verhaftet

Nach Angaben der staatlichen ägyptischen Nachrichtenagentur vom 06.09.14 wurden sieben Männer im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Videos von einer gleichgeschlechtlichen Hochzeit unter dem Vorwurf „homosexueller Ausschweifungen“ für zunächst vier Tage in Haft genommen. Nach zwei weiteren werde gefahndet. Die Betroffenen sollen sich auch wegen Veröffentlichung von Bildern, die den öffentlichen Anstand verletzen sollen, vor Gericht verantworten.

Gleichgeschlechtliche Beziehungen sind nicht ausdrücklich verboten. Allerdings werden Straftatbestände wie Unzucht oder schamloses Handeln in der Öffentlichkeit zur strafrechtlichen Verfolgung Homosexueller herangezogen. Im April 14 waren drei Männer zu je 8 Jahren Haft, ein vierter zu 3 Jahren Haft verurteilt worden. Sie sollen „abartige Parties“ veranstaltet und Frauenkleider getragen haben.

Libyen

Gegenregierung in Tripolis gegründet

Laut Pressemeldung vom 06.09.14 haben Anhänger des alten Parlaments, das von Islamisten dominiert ist, eine Gegenregierung in Tripolis gegründet. Chef der Regierung ist der Universitätsprofessor Omar al-Hassi. Das Kabinett der Gegenregierung besteht aus 13 Ministern, die am 06.09.14 vereidigt wurden. Durch die Bildung einer zweiten Regierung ist das Land gespalten. In der Provinz Cyreneika unterstützen die meisten Stämme die bisherige Regierung unter der Leitung von Abdullah al-Thinni. In Westlibyen stehen die Lokalräte auf der Seite der Misrata-Allianz und unterstützen somit die Gegenregierung.

Westafrika/Ebola

Mehr Ebola-Infizierte und -Tote

Die WHO veröffentlichte am 03.09.14 einen Anstieg der Ebola-Todesfälle auf rund 1.900 und insgesamt 3.500 Infektionen. Dies stellt die höchste registrierte Infektionszahl seit der Ebola-Entdeckung 1976 dar. Die UN-Welternährungsorganisation (FAO) warnt vor einer Nahrungsmittelknappheit in den betroffenen Regionen. Die Schließung von Grenzen, die Isolierung der Grenzgebiete und der reduzierte Handel führten bereits zu Versorgungsengpässen und massiven Preissteigerungen. Um ein Übergreifen des Virus zu verhindern, hatte Senegal am 22.08.14 zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres die Grenze zu Guinea geschlossen und den Flug- und Schiffsverkehr mit Guinea, Liberia und Sierra Leone eingestellt. US-Präsident Obama kündigte am 07.09.14 die Entsendung von Soldaten in die von Ebola betroffenen westafrikanischen Staaten an. Aufgabe sei der Aufbau von Quarantänestationen sowie der Schutz von internationalem Hilfspersonal. Obama wertete die Ebola-Epidemie als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA.

Somalia

Al-Shabaab-Führer Godane tot

Das Verteidigungsministerium der USA meldete am 05.09.14 den Tod von Ahmed Abdi Godane „Abu Zubayr“. Der Führer der al-Shabaab sei am 01.09.14 bei einem US-Luftangriff auf ein Treffen Godanes mit Kommandeuren der Miliz getötet worden. Mit ihm sollen zwei weitere ranghohe Mitglieder ums Leben gekommen sein.

Nach Angaben des Nachrichtensenders al-Jazeera vom 06.09.14 schworen die Islamisten Rache für Godanes Tod. Dem somalischen Sicherheitsminister zufolge gebe es Geheimdienstinformationen, dass al-Shabaab Anschläge auf Krankenhäuser, Schulen und Regierungseinrichtungen plane. Die somalische Regierung bot Anhängern der al-Shabaab eine Amnestie an. Sie hätten 45 Tage Zeit, sich zu ergeben.

Zum Nachfolger Godanes bestimmte al-Shabaab Sheikh Ahmed Umar „Abu Ubaida“. Über ihn ist wenig bekannt. Er soll Anfang 40 sein, aus der Gegend von Kismayo stammen, einem Dir-Clan angehören und sich 2006 der al-Shabaab angeschlossen haben. Bei einer Säuberung innerhalb der Miliz soll er an der Tötung von Omar Hammami „al-Amriki“ nach dessen Zerwürfnis mit Godane beteiligt gewesen sein. Zudem soll er „Gouverneur“ der Islamisten in den Regionen Bay und Bakool gewesen sein. Beobachter schließen jedoch nicht aus, dass sich hinter „Abu Ubaida“ eine andere Person verbirgt, deren Namen al-Shabaab aus Sicherheitsgründen geheim halten will.

Bosnien und Herzegowina

Islamisten festgenommen

Am 04.09.14 wurden in einer landesweiten Aktion 16 mutmaßliche extremistische Islamisten – darunter der prominente Hassprediger Husein Bilal Bosnic – festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, terroristische Vereinigungen gegründet und islamische Kämpfer in den Irak und nach Syrien geschickt zu haben. In Bosnien und Herzegowina gibt es seit kurzen ein neues Gesetz, wonach die Anstiftung, im Ausland in Kriegen zu kämpfen, strafbar ist. Insgesamt 150 Bosnier sollen als Kämpfer nach Syrien gegangen sein.

Kosovo

Islamisten festgenommen

Am 11.08.14 wurden 40 mutmaßliche Islamisten verhaftet. Sie werden verdächtigt, in Syrien und in Irak für die terroristischen Organisationen IS und al-Nusra gekämpft zu haben. Der Vorwurf lautet: Straftaten gegen die konstitutionelle Ordnung und die Sicherheit der Republik Kosovo sowie Bildung, Finanzierung, Rekrutierung für eine terroristische Vereinigung. Es sollen Explosivstoffe, Waffen und Munition sichergestellt worden sein.

Die islamische Gemeinschaft in Kosovo begrüßte die Festnahmen. Es wird vermutet, dass es innerhalb Kosovos noch ein paar Hundert radikal-islamische Extremisten gibt.

Ukraine

Brüchige Waffenruhe in der Ostukraine

Die nach monatelangen Kämpfen am 05.09.14 vereinbarte Waffenruhe erweist sich als äußerst brüchig. In der von Regierungstruppen gehaltenen Hafenstadt Mariupol waren in der Nacht zum 07.09.14 Explosionen zu hören und an einem Kontrollpunkt der Regierung stand ein Fahrzeug in Flammen. Beim Beschuss prorussischer Rebellen auf einen Kontrollposten soll nach Angaben eines Bediensteten der Stadtverwaltung am 07.09.14 eine Frau getötet und drei Menschen verletzt worden sein. Auch gerieten in Mariupol vermutlich durch Granateneinschlag eine Tankstelle und umstehende Gebäude in Brand. Der ukrainische Innenminister Arsen Awakow machte die Separatisten für den Zwischenfall verantwortlich. Er kündigte Verstärkung für die Armee an. Die Aufständischen sprachen hingegen von Provokationen durch das Militär.

Am 07.09.14 waren auch nahe der Separatistenhochburg Donezk Explosionen und Schüsse zu hören. Während die Stadt von prorussischen Milizionären besetzt ist, wird der Flughafen von der Armee gehalten. Dort soll es zum Beschuss gekommen sein. Die Aufständischen in Donezk berichteten von vier getöteten Zivilisten. Eine unabhängige Bestätigung dafür gab es bislang nicht. Die prowestliche Führung in Kiew betonte, die am 05.09.14 beschlossene Waffenruhe einzuhalten. Beide Seiten werfen sich wiederholt Verstöße vor.

Hunderttausende fliehen vor Konflikt

Nach Angaben des Direktors des UNHCR-Büros für Europa, Vincent Cochetel, sollen aufgrund der Kämpfe und ihrer Folgewirkungen mittlerweile über eine Million Menschen ihre Wohnorte verlassen und inner- und außerhalb der Ukraine Schutz gesucht haben. Es handele sich um mindestens 260.000 Binnenflüchtlinge und rd. 814.000 Personen, die allein nach Russland gingen; nicht alle seien aber als Flüchtlingen anzusehen. UN-Flüchtlingskommissar António Guterres sei sehr besorgt, dass es zu Massenvertreibungen aus Teilen der Ukraine kommen könne. Bei den Auseinandersetzungen wurden nach Angaben der UN bislang fast 2.600 Menschen getötet.

Russische Föderation/Nordkaukasus

IS drohen mit einem „Islamischen Kalifat“ im Kaukasus

Der „Islamische Staat“ veröffentlichte am 04.09.14 im Internet ein Video mit der Drohung, einen Krieg im Kaukasus und vor allem in Tschetschenien zu entfesseln. Auf dem Video stehen Terroristen neben einem alten sowjetischen Jagdflugzeug, das auf einem Militärflugplatz in der syrischen Provinz ar-Raqa erbeutet wurde. Einer der Terroristen wendet sich an Russlands Präsident Putin und kündigt eine „Befreiung“ des Kaukasus und die Bildung eines „Islamischen Kalifats“ an.

Indien/Bangladesch/Myanmar

Al-Qaida gründet Ableger

Al-Qaida-Chef Aiman al-Sawahiri erklärte in einer Videobotschaft am 03.09.14, man werde alles tun, um die Muslime auf dem indischen Subkontinent von Unrecht und Unterdrückung zu befreien. Ziel sei die Errichtung eines Kalifats in Myanmar, Bangladesch und in den indischen Regionen Assam, Gujarat sowie Jammu und Kaschmir, wo viele Muslime leben. Als „Kaidat al-Jihad“ mit dem Pakistaner Asim Umar als Führer solle die Organisation die „künstlichen Grenzen“ zwischen der muslimischen Bevölkerung in der Region durchbrechen. Aus dem indischen Innenministerium hieß es, man sei angesichts der Bedrohung besorgt und wachsam.

Terrorexperten sehen in dem Vorgehen Al-Qaidas den Versuch, wieder mehr ins Blickfeld zu gelangen, nachdem man gegenüber der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zuletzt an Einfluss verloren hatte. Beide Organisationen waren früher verbündet, zum Bruch kam es im Frühjahr 2014, als IS sein Aktionsgebiet gegen den Willen der Al-Qaida-Führung vom Irak nach Syrien ausdehnte

China

Xinjiang: Förderung gemischt-ethnischer Ehen

Wie staatliche Medien vergangene Woche berichteten, werden im Kreis Cherchen (chin.: Qiemo im Süden Xinjiangs) Ehen zwischen Han-Chinesen und Angehörigen ethnischer Minderheiten finanziell gefördert. In den ersten fünf Jahren sollen jährlich umgerechnet etwa 1.240 Euro gezahlt werden. Dazu kommen weitere Vergünstigungen wie Vorteile bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche und Zuschüsse zur Gesundheitsversorgung sowie u.a. kostenlose Schulbildung für Kinder aus solchen Ehen. Bisläng gibt es nur wenige derartige Ehen. In Tibet bestehen bereits ähnliche Fördermaßnahmen.

Die Regelung soll der Entspannung der Beziehungen zwischen Han und insbesondere den muslimischen Uiguren sowie der Assimilation von Minderheiten an die von Han dominierte chinesische Gesellschaft dienen. Manche Beobachter fürchten jedoch, sie könnte sich gegenteilig auswirken, wenn Uiguren dadurch ihre kulturelle Identität gefährdet sehen.